

SOWJETZONE

ZUR WIRTSCHAFTSLAGE DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE DEUTSCHLANDS IM SOMMER 1961

Noch engere Bindung an die Sowjetunion

An dieser Stelle war im Märzheft 1961 darauf hingewiesen worden, daß bei konsequenter Weiterführung der Umstellung der mitteleutschen Wirtschaft auf die sowjetischen Belange — sowjetische Normen, russische Lieferungen an Stelle der aus Westdeutschland — die Jahreswende 1960/61 einen bedeutsamen Abschnitt in der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der Zone einleiten würde. Anfang Juli veröffentlichte nun die Presse der SBZ einen Bericht des Politbüros der SED an das Parteiplenum, vorgetragen von *Honecker*, in dem ganz handfeste Unterlagen für eine neue Phase in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Ostblock zu finden waren.

Eine Zusammenarbeit „auf völlig neuer Basis“ sei aufzubauen. Das ergäbe sich zwangsläufig aus dem Stand der Wirtschaftsentwicklung in der SBZ und in den Ländern des „sozialistischen Weltlagers“. Eine „Kooperation auf höherer Stufe“ sei mit der Sowjetunion zu erreichen, ja, *Honecker* sprach sogar von einer engen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Mitteldeutschland und der Sowjetunion.

Diese Hervorhebung der Interessenverflechtung zwischen den zwei bedeutendsten Industriegebieten des Ostblocks geht sicher auch auf *politische* Überlegungen zurück; denn sie erfolgt nicht zufällig gerade in der Zeit, in der *Chruschtschow* auf seine Weise ihm genehme Lösungen in der Europapolitik erzwingen will. Aber daneben bedeutet auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwicklung die „Kooperation auf höherer Stufe“ einen wichtigen Schritt vorwärts in der von den Sowjets seit etwa 1948 in Mitteldeutschland betriebenen Wirtschaftspolitik. Ihre Richtung war schon damals erkennbar, als die Sowjets die Demontage-Maßnahmen offiziell für beendet erklärten und im Sommer 1948 mit mittel- und etwas später mit langfristiger Wirtschaftsplanung begannen. Sie gestatteten der Sowjetzone im September 1950 die Mitgliedschaft im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe. Das ausgebeutete Besatzungsgebiet begann, sich zu einem Wirtschaftspartner zu entwickeln. Der Außenhandel Mitteldeutschlands verlagerte sich immer mehr nach Osteuropa, so daß es nur noch eine Frage der Zeit war, wann die Sowjetunion zum größten

Handelspartner der Zone und wann diese zum größten Handelspartner der Sowjetunion wurde. Seit einigen Jahren ist dieser Zustand erreicht.

Als in den Jahren nach *Stalins* Tod die Industrialisierung um jeden Preis in den überwiegend agrarischen Ländern Rumänien, Bulgarien, Albanien und auch Ungarn aufgegeben wurde, weil *Chruschtschow* die natürlichen Standortvorteile der einzelnen Länder im Ostblock ausgenutzt wissen wollte, nahm die Bedeutung der SBZ infolge ihrer hohen Industrialisierung innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe weiter zu.

Eine gewisse Korrektur brachte die sogenannte branchenmäßige Kooperation; denn sie hat das Ziel, daß die SBZ, die Tschechoslowakei und Polen ihre Industrieproduktion langfristig so abstimmen sollen, daß schließlich jedes Erzeugnis nur noch in einem Lande hergestellt wird. Diese seit etwa 1957/58 festzustellende Periode erhält nun durch die Erklärungen *Honeckers* eine völlig neue Nuance.

Er sprach nicht mehr nur von einheitlichen Normen für die SBZ und die Sowjetunion, wie dies bereits *Leuschner* anlässlich der Verkündung der Gegenmaßnahmen auf die Kündigung des Interzonenhandelsabkommens durch die Bundesrepublik getan hatte, sondern er dehnte diese Einheitlichkeit u. a. auch auf die Typisierung der Industrieerzeugnisse aus. Es läßt sich heute noch nicht überblicken, wie die bisherige „branchenmäßige Kooperation“ durch die Maßnahmen zur Herstellung einer engen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen der Zone und der Sowjetunion beeinflußt wird. Auf jeden Fall nimmt die Bindung an Rußland zu, was auch in den Worten *Honeckers* zum Ausdruck kam, als er das letzte Handelsabkommen mit der Sowjetunion als eine wahrhaft uneigennütige Freundschaftstat bezeichnete, bei der die Sowjetunion sogar bestimmte Bedürfnisse des eigenen Landes zurückgestellt habe, um die ökonomische Basis der SBZ zu stärken.

Dieses Handelsabkommen ist ein Zusatzabkommen zu dem bestehenden langfristigen Handelsvertrag. Die Zone erhält in den Jahren 1961 bis 1965 zusätzlich Walzstahl, Stahlrohre, Eisenerz, Erdöl, Aluminium, Nutzholz, Maschinen und industrielle Ausrüstungen sowie gewisse Lebensmittel — Fleisch, Butter, Fisch, Käse und pflanzliche Öle — und hat dafür über die bisherigen Abmachungen hinaus Maschinen, Pressen, Dieselmotoren und Dieselmotoren, Pumpen und Kompressoren, Waggonen, Schiffe, landwirtschaftliche Maschinen und Ausrüstungen für das Funk- und Fernmeldewesen zu liefern. Der Zweck, den die Sowjetunion mit dieser „selbstlosen Hilfsaktion“ verfolgt, liegt klar auf der Hand. Diese „Tat des proletarischen Internationalis-

mus“, als welche sie *Honecker* rühmte, die mehr sei als die gegenseitige Hilfe zweier gleichberechtigter sozialistischer Handelspartner, soll dazu beitragen, die letzten wirtschaftlichen Bindungen zwischen West- und Mitteldeutschland zu lösen. Im östlichen Sprachgebrauch heißt das: „Überwindung der Störmaßnahmen westdeutscher militaristischer Kreise.“

*... in einer Zeit
schärfster wirtschaftlicher Anspannung*

Diese Umstellung auf eine enge mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft ist das Leitmotiv für die gesamte Wirtschaftspolitik in der SBZ und hat erhebliche Planänderungen notwendig gemacht. Sie fällt in die Zeit einer der schwersten Versorgungskrisen seit Beginn der Planwirtschaft in Mitteldeutschland und muß mit einem als Folge einer ungewöhnlichen Zunahme der Flüchtlingszahlen sich ständig reduzierenden Potential an Arbeitskräften geschafft werden. Es war vorauszusehen, daß diese Ballung von Problemen den Konsumenten noch mehr benachteiligte als dies nach dem ökonomischen Entwicklungsgesetz mit der Vorrangstellung der Industrie der Abt. A (Grundstoff-, Produktionsgüter- und Investitionsgüterindustrie) ohnehin der Fall ist. Lücken und Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung wurden offiziell zugegeben — verbunden mit der Erklärung, daß weitere außerplanmäßige Erhöhungen der Einfuhr von Nahrungsmitteln nicht möglich seien. Die Exportleistungen der SBZ werden dringend benötigt zur Sicherung der Einfuhr von Industriegütern, „vor allem auf dem Gebiete der Versorgung mit Stahl, anderen Metallen und chemischen Grundstoffen“. Bei dieser Sachlage verliert die Beteuerung, daß die Aufgabe der Umstellung „untrennbar mit den maximalen Anstrengungen zur weiteren Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern und Nahrungsmitteln, mit Wohnungen und Dienstleistungen verbunden sein muß“, erheblich an Wert. „Maximal“ bedeutet hier: im Rahmen der geringen Möglichkeiten!

Hält man sich einmal — abseits der aktuellen Politik — vor Augen, daß die industrielle Bedeutung Mitteldeutschlands wegen der ihr fehlenden Rohstoffe auf dem Gebiet der Metallverarbeitung ihren Schwerpunkt hatte und daß nun an die Stelle Westdeutschlands — des früheren Lieferanten von industriellen Grund- und Halbstoffen — in steigendem Maße die Sowjetunion treten soll, dann muß man sich die Frage vorlegen, warum mit einem solchen Aufwand versucht wird, Mitteldeutschland eine eigene Grundstoffindustrie-Basis zu verschaffen. Warum wählte man nicht den Weg einer echten Arbeits-

teilung und belieferte die Zone vom Ostblock aus mit den Erzeugnissen, die unmittelbar der Verarbeitungsindustrie dienen konnten, ohne den kräfteverschleißenden Umweg über den Aufbau einer mitteleuropäischen Grundstoffindustrie? Man nimmt den unwirtschaftlichen Transport von Erzen und Kohle über sehr lange Strecken in Kauf, anstatt die höherwertigen Produkte der metallurgischen Industrie der Sowjetunion in die SBZ zu verfrachten. Ist — so gesehen — der Aufbau einer mitteleuropäischen Grundstoffindustrie auch im Rahmen der Ostblockwirtschaft nicht eine riesige Fehlinvestition?

Hat in den Jahren nach 1948 *Ulbrichts* industrielle Geltungssucht mit dem Drang nach einer eigenen Grundstoffindustrie etwa in dem sowjetischen Mißtrauen einen gleichgesinnten Verbündeten gefunden, daß die SBZ ohne eine eigene Grundstoffindustrie immer in Westdeutschland ihren natürlichen und nächsten Partner sehen müßte? Ist auf diesem Gebiet inzwischen zuviel geschehen, als daß man jetzt, wo man sicher sowjetischerseits die politische Bindung an die Zone stärker einschätzt als etwa noch 1950, die wirtschaftliche Zusammenarbeit so ausrichten kann, daß wie früher innerhalb Deutschlands das Gewicht Mitteldeutschlands auch jetzt im Ostblock eindeutig bei der Verarbeitungsindustrie liegen würde? Wäre nicht dann seine Abhängigkeit vom sowjetischen Grundstofflieferanten erheblich stärker, und läge nicht gerade dies im politischen Interesse der Sowjetunion?

Bei der Stilllegung anderer Industriezweige unter dem Vorzeichen der branchenmäßigen Kooperation war man ja auch nicht zimperlich; Die SBZ mußte die gesamte Flugzeugindustrie abbauen, was in Dresden und Klotzsche zu erregten Diskussionen führte; denn die Werktätigen wollten die dadurch zutage tretenden Fehlinvestitionen erklärt haben. Auch ein Teil der Fotoindustrie sowie die Herstellung von schweren Lastkraftwagen, Autobussen, Traktoren und Viertaktmotoren wurden eingestellt.

In der Grundstoffindustrie werden dagegen neue große Produktionsstätten errichtet. Die hierfür benötigten Mittel hätten das Niveau der mitteleuropäischen Verarbeitungsindustrie sicher erheblich verbessern helfen können. Allein für ein neues Stahl- und Walzwerk im Eisenhüttenkombinat Ost werden in den nächsten Jahren 1,2 Md. DM aufgewendet werden müssen. Amtlich wird als Erklärung von der störungsfreien Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität Mitteldeutschlands gesprochen. Ist diese Stabilität denn nicht in der Zusammenarbeit im Ostblock viel eher zu verwirklichen, als in einer an „autarke“ Vorbilder erinnernden Selbstversorgung?

Die Energielücke droht

Die industrielle Bruttoproduktion hat im zweiten Quartal gegenüber dem Vorjahr langsamer zugenommen als noch im ersten Quartal. Die Zuwachsrate lag zwischen 5 und 6 vH. Die metallurgische und die chemische Industrie sollen ihre Pläne erfüllt haben, während in der Kohleindustrie und im Maschinenbau — besonders im Schwermaschinenbau — Rückstände zu verzeichnen sind. Schon jetzt steht fest und wird auch offiziell eingestanden, daß selbst bei Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1961 „nicht die Disproportionen zwischen Aufkommen und Bedarf an Elektroenergie, Gas und festen Brennstoffen zu beseitigen sind“. Aus der Energiebilanz gehe hervor, daß die Bestände an Brennstoffen Ende 1961 unter den Stand des Vorjahres absinken würden. „In der gesamten Volkswirtschaft und unter der Bevölkerung muß der Kampf um die sparsamste Verwendung von Elektroenergie, Gas und Kohle besser organisiert werden.“

Hier droht also die Energielücke als Bremse der Wirtschaftsentwicklung; denn es ist durchaus nicht sicher, daß genug Transportraum für die Bewältigung der verlangten Produktionssteigerungen der Kohleindustrie vorhanden sein werden, und es ist weiter ungewiß, ob die geplante voll wirksame Inbetriebnahme von mindestens 570 MW neuer Energie-Erzeugungskapazitäten realisiert werden kann.

Starkes Zurückbleiben im Maschinenbau

Nach amtlicher Darstellung weist besonders der Maschinenbau „erhebliche Planrückstände“ auf, und es ist nicht uninteressant festzustellen, daß in den Monaten des verschärften sowjetischen Druckes in der sog. Berlinfrage, nämlich im Mai und Juni, nach offiziellen Erklärungen die Planrückstände gegenüber den Vormonaten besonders zugenommen haben. Als Gründe werden erwähnt: ungenügende Einschaltung der Werktätigen in die Lösung der Aufgaben, Mängel in der Wirtschaftsleitung und Organisation der Produktion und des Arbeitsablaufes, Fehlen von Arbeitskräften, von Grundmaterial und Komplettierungsteilen. Der Maschinenbau bildet das Rückgrat der mitteldeutschen Exportindustrie. Wenn er sich „erkältet“, bekommt der Außenhandel „Schnupfen“.

... und im Bauwesen

Trotz des als Folge des ungewöhnlich milden Frühjahrs sehr günstigen Starts der Bauwirtschaft wird in den Sommermonaten außerordentlich scharf an der Investitions- und Bautätigkeit Kritik geübt. Hohe Planschulden,

zu geringes Entwicklungstempo, zu niedrige Arbeitsproduktivität, eine gegenüber dem Vorjahr ansteigende Zahl von schweren Havarien auf Großbaustellen und tödlichen Unfällen, ein zu kompliziertes Abrechnungssystem, die noch immer nicht beseitigte große Zersplitterung der Bautätigkeit sowie die vielfach völlig ungenügende Vorbereitung von Bauvorhaben — das sind die Kernpunkte der amtlichen Kritik, die bei dem Beobachter die Frage nach der Berechtigung der Bezeichnung „Planwirtschaft“ für dieses System aufkommen läßt. Selbst der Minister für Bauwesen gab unlängst zu, „daß die Initiative der Bauschaffenden durch Mängel in der Planung, Bilanzierung und Abrechnung in geradezu unerträglicher Weise gehemmt“ werde. In das Jahr 1961 mußte außerdem noch die schwere Last eines Rückstandes von mehr als einer Milliarde D-Mark auf dem Sektor des Bauteiles des Investitionsplanes mitgenommen werden.

Der Industriebau der SBZ ist nach Äußerungen mitteldeutscher Fachleute zu den in technisch-organisatorischer Hinsicht rückständigsten Zweigen des Bauwesens zu rechnen. Typisierung und Standardisierung werden nach wie vor kleingeschrieben. Im Jahre 1961 werden noch nicht einmal 10 vH aller Industriebauten Typenbauten sein. Beim Wohnungsbau sieht es nicht besser aus.

Nach der Wohnungsbaustatistik steht nach dem Abschluß des 1. Halbjahres 1961 der Bezirk Dresden, der im Vorjahre noch zu den größten „Planschuldnern“ zählte, mit einer Planerfüllung von 49 vH = 4653 Wohnungen an der Spitze aller Bezirke. Diese Leistung wird damit erklärt, daß die Bauschaffenden im Bezirk Dresden nicht über Lohn- und Projektierungsfragen, sondern über ideologische Probleme diskutiert hätten. Offensichtlich war diese Diskussionsneigung in den anderen Bezirken der SBZ sehr unterentwickelt; denn beispielsweise der Bezirk Frankfurt/Oder kam nur auf einen Erfüllungsstand von 29 vH, und in den übrigen Bezirken wurde auch zuwenig geleistet, so daß die Funktionäre des Ministeriums für Bauwesen beschlossen, ein „patriotisches Aufgebot zur Sicherung der Bauplanerfüllung in den Bezirken Suhl, Erfurt, Schwerin, Rostock, Frankfurt und Leipzig“ zu inszenieren.

Die Bezirksverwaltung Frankfurt mußte den Vorwurf einstecken, daß der im Zusammenhang mit der Errichtung industrieller Großobjekte stehende Wohnungsbau keinesfalls den Plananforderungen entspricht. In der Nähe des Städtchens Schwedt wird neben einer großen Papierfabrik an dem wichtigsten Siebenjahrplanprojekt der chemischen Industrie, dem Erdölverarbeitungswerk, gearbeitet. Schwedt sei zur langsamsten Großblockbaustelle der SBZ geworden, und von den vielen hundert Wohnungen, „an denen seit zwei Jah-

ren gearbeitet wird, konnte noch keine bezugsfertig übergeben werden“. Die von den Erdölrevieren an der Wolga bis nach Mitteldeutschland geplante Pipeline soll 25 km südlich von Schwedt die Oder durchqueren. Um von der Öllagerung in Westdeutschland unabhängig zu werden, sollen in Schwedt einmal 8 Mio t Erdöl in etwa 100 Tanks gelagert werden können. Die Bedeutung dieses Großbauvorhabens für die mitteldeutsche Wirtschaft macht die harte Kritik verständlich. Man muß sich allerdings auch fragen, warum bei einem solchen Projekt — das ja praktisch dem Aufbau einer neuen Stadt gleichkommt — die zentralen Planungsinstanzen alle Arbeit der Bezirksverwaltung und sogar den örtlichen Organen im Kreis Angermünde überlassen.

Kritische Phase der landwirtschaftlichen Entwicklung

Aus mehreren Gründen ist die mitteldeutsche Landwirtschaft in diesem Sommer in eine kritische Phase geraten. Der starke Mangel an Arbeitskräften, die ungenügend organisierte Mechanisierung der landwirtschaftlichen Arbeit und der als Folge der totalen Kollektivierung fast völlig verschwundene bäuerliche Wille zum vollen persönlichen Einsatz haben den Beginn und Fortgang der Erntearbeiten, vor allem aber die Viehhaltung sehr nachteilig beeinflußt. Der Plan der Marktproduktion bei Schweinefleisch und Milch wurde im 1. Halbjahr nicht erfüllt. Die größten Rückstände wiesen die Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Frankfurt, Potsdam, Leipzig und Chemnitz auf. Schwere Viehverluste verhinderten die vorgesehene Steigerung der Viehbestände. Das Politbüro der SED sprach sogar von „außerordentlich hohen Vieh Verlusten“. Hingewiesen wurde dabei auf das „Offenstallkombinat“ in Kremmen, Kreis Oranienburg, wo in wenigen Monaten 200 Rinder verendeten, obwohl Kremmen gerade ein Musterbetrieb ist; denn es wird von der Bezirksleitung Potsdam als „Konsultationspunkt für Rinderzucht“ befürwortet.

Immer wieder beschwor die Wirtschaftsverwaltung der SBZ die Mitglieder der Produktionsgenossenschaften, daß der Achtstundentag in der Landwirtschaft nicht ausreiche. Die landwirtschaftlichen Maschinen würden ganz ungenügend eingesetzt. Statt in zwei Schichten zu je zehn Stunden würden viele nur einige Stunden am Tage gefahren. „In allen LPG und MTS ist die gesamte Technik Tag und Nacht und auch am Wochenende voll auszunutzen“, forderte der Landwirtschaftsminister. Sein Hinweis auf die sehr zögernd angelaufene Kartoffelrodung, bei der gesichert werden müßte, daß der

Grundsatz „Ausfuhr geht vor Eigenversorgung“ eingehalten werde, ist besonders vielsagend in einer Zeit, wo die Hausfrauen der Zone oft stundenlang vergeblich nach Kartoffeln, die noch immer rationiert sind, anstehen müssen. Außer mit Fleisch, Butter und Milch hat stellen- und zeitweise auch die Versorgung mit Brot nicht geklappt.

Ende Juni mußte sich der „Ministerrat“ der Zone mit der Versorgungslage befassen und traf wieder einmal Beschlüsse, die keine Hilfe bringen werden. Es wurde in ihnen auf die schweren Wetterunbilden hingewiesen und auf die Unmöglichkeit, die Einfuhren zu erhöhen. An alle wurde appelliert, keine Anstrengung zu scheuen und die Zuversicht ausgesprochen, daß bei aktiver Mitarbeit aller Kreise der Bevölkerung die Aufgaben zu lösen seien.

Wie kritisch die Situation ist, geht daraus hervor, daß die amtlichen Stellen plötzlich ihr Herz für die Privatbetriebe in Handel und Kleingewerbe entdeckten. Die Schließung privater Bäckereien, Fleischereien und Gaststätten — eine jahrelang geübte Praxis der Parteiorgane — sowie die Benachteiligung privater Einzelhandelsgeschäfte bei der Warenbelieferung und die unzureichende Versorgung des privaten Dienstleistungshandwerks mit Material wurden jetzt als „sektierische Verfehlungen“ angeprangert. Daß die Versorgung der Bevölkerung darunter leidet, wenn private Gaststätten in HO-Gaststätten umgewandelt werden, ist als offizielle Stellungnahme besonders interessant; denn damit wird der staatlichen Gaststätte amtlich eine geringere Leistungsfähigkeit als der privaten bescheinigt.

Wie anders klingt doch der Ausspruch *Honeckers* in seinem Bericht an das Parteiplenum: „Wir können nicht alle Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung sofort und in vollem Umfange beseitigen. Bei einer Reihe von Erzeugnissen ist die volle Bedarfsdeckung nur schrittweise zu erreichen“, verglichen mit dem Versprechen *Ulbrichts*, im Jahre 1961 das westdeutsche Verbrauchsniveau einzuholen!

Stark erhöhte Flüchtlingsbewegung

Trotz all dieser Schwierigkeiten wäre im Sommer dieses Jahres mit Sicherheit die Flüchtlingsbewegung nicht stärker als sonst auch gewesen. Man läßt nicht seine Heimat, seine Freunde und sein Eigentum im Stich, weil es dieses und jenes nicht oder nur selten zu kaufen gibt. An solche materiellen Widrigkeiten, ja sogar an den ständig bevorstehenden politischen Druck kann man sich im Laufe der Zeit mit Hilfe eines „dicken Felles“ gewöhnen. Aber die durch die Dro-

hungen *Chruschtschows* und *Ulbrichts* genährte Angst, daß eines Tages der freie Weg nach West-Berlin abgeschnitten sein könnte, hat die Flüchtlingsbewegung zu einem Strom anschwellen lassen. Die scharfe Drosselung des Reiseverkehrs nach Westdeutschland mit der widerspruchsvollen Begründung, das geschehe zum Schutz der Menschen vor der im Westen grassierenden Kinderlähmung — widerspruchsvoll deshalb, weil man zur gleichen Zeit mit Recht auf die erfolgreiche Schluckimpfung in Mitteldeutschland hinwies, durch die ja jeder Geimpfte immun wurde! — tat ein übriges.

Es gäbe ein ganz einfaches Mittel, um das politisch so fatal wirkende, aber auch für die Wirtschaftsentwicklung so nachteilige Weglaufen von Menschen und Arbeitskräften in kurzer Zeit zum Stillstand kommen zu lassen; die völlige Freigabe des Reiseverkehrs in beiden Richtungen durch die Dienststellen der SBZ, die Genehmigung zu Umzügen mit Möbeln und Hausrat und die Einstellung aller Maßnahmen gegen die Grenzgänger in Berlin. Dieses Mittel würde natürlich nur dann wirksam werden können, wenn die Bevölkerung Mitteldeutschlands darauf vertrauen könnte, daß diese „Liberalisierung“ nicht von heute auf morgen wieder rückgängig gemacht würde.

Rund 52 000 Bewohner Ost-Berlins und der Zone haben noch bis vor kurzem als sog. Grenzgänger in West-Berlin gearbeitet, viele von ihnen schon vor der von den Sowjets erzwungenen Spaltung der Stadt. Diese Grenzgänger stehen augenblicklich unter schärfstem Druck. Sie sollen ihren Arbeitsplatz nach Ost-Berlin oder in die Zone verlegen. Sie sind seit dem 1. Juli 1961 vom Kauf hochwertiger Industriewaren — Pkw, Motorräder, Mopeds, Motorroller, Fernsehgeräte, Kühlschränke, Waschmaschinen und Wasserfahrzeuge aller Art — ausgeschlossen. Voraussetzung für einen derartigen Kauf ist jetzt eine zonale Arbeitsbescheinigung. Außerdem müssen sie ihre Mieten und alle öffentlichen Gebühren in Westmark bezahlen. Man scheut vor solchem Druck nicht zurück und damit zugleich auch nicht vor dem Geständnis, daß mit Überzeugungskraft allein nichts zu erreichen ist. Das spricht nicht für die von *Ulbricht* verfochtenen Ziele. Der Flüchtlingsstrom hat daher auch viele der bisherigen Grenzgänger erfaßt. Er war seit 1953 nicht mehr so stark wie gegenwärtig¹⁾.

Dr. Walter Meier

1) Diese Darstellung unseres Mitarbeiters Dr. Meier wurde einige Tage vor dem Gewaltstreich vom 13. August abgeschlossen (Anm. der Redaktion).